



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/219 - 22. 9. 1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Zur Erklärung der Bundesregierung	S. 1
Nach dem Sturz Perons	S. 3
Lebensgefährdender Atomabfall	S. 5
Buchbesprechung: Die Paktsysteme in der Welt	S. 6
Zur Tode Wenzel Horns	S. 7

## Nichts für die Wiedervereinigung

FB. Der Bundeskanzler hat im Bundestag gesprochen; morgen werden die Parteien ihre Meinung zum Ergebnis der Moskauer Verhandlungen zu sagen haben. Kein Zweifel, dass sie alle mit dem Kanzler darin übereinstimmen werden, dass kein deutscher Politiker an dem Schicksal von Zehntausenden von deutschen Menschen in der Sowjetunion vorübergehen kann. Sie werden auch der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zustimmen, wobei die Motive unterschiedlich sein dürften. Während der Bundeskanzler und ein Teil der Regierungskoalition den Anschein zu erwecken versuchen, als wenn es sich dabei um die gradlinige Fortsetzung ihrer Politik handele, wird die SPD "Ja" zu der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sagen, weil sie die geringen Chancen, die sich daraus ergeben, nicht verbauen will, nachdem uns gerade die Politik Dr. Adenauer's in diese Sackgasse hineingetrieben hat.

Und nichts konnte besser als die Rede des Bundeskanzlers selbst beweisen, dass die Wiedervereinigung durch seine Politik nicht zu erreichen ist. Dr. Adenauer hat als den einzigen Erfolg der Moskauer Verhandlungen herausgestellt, dass die Sowjets sich zu ihrer Verpflichtung bekannt haben, mit der anderen Mächten für die Wiedervereinigung Deutschlands verantwortlich zu sein. Als wenn die Sowjetunion das jemals abgestritten hätte! Aber obwohl diese Verpflichtung seit zehn Jahren auf allen vier Besatzungsmächten lastet, sind wir der Wiedervereinigung bisher noch nicht einen Schritt nähergekommen. Eine De-

klamation mehr oder weniger, gleichgültig von welcher Seite, nützt da gar nichts.

In Moskau ist die These gescheitert, der Abschluss der Pariser Verträge bringe uns auch die Einheit. Davon sollte man reden, und nicht wie Dr. Adenauer darüber schweigen. Diese These nach den eindeutigen sowjetischen Erklärungen in Moskau in Bonn zu wiederholen, kommt einer Irreführung des ganzen deutschen Volkes bedenklich nahe.

Mit Interesse, ja mit bitterer Sorge hat die SPD darauf gewartet, welche Konsequenzen Dr. Adenauer für seine Politik nach Moskau zu ziehen gedenkt. Sie hat nur die bekannten Redewendungen gehört, dass die Linie der Aussenpolitik unter allen Umständen fortgeführt werden wird, an den Verträgen nicht zu rütteln sei und die Integration Halbeuropas beschleunigt werden soll. Wie dadurch aber die 17 Millionen erlöst werden können? Eine bittere, traurige Fehlanzeige.

Eine "neue Linie" der deutschen Aussenpolitik allerdings war festzustellen: die Drohung an dritte Staaten, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der sogenannten DDR von Bonn als <sup>ein</sup> unfreundlicher Akt angesehen werden müsse. Die Sozialdemokratie würde einen solchen Schritt eines anderen Landes tief bedauern und - wenn die Möglichkeit besteht - davon abraten. Sie hält es aber im Hinblick auf die deutsche Stellung in der Welt für höchst unangebracht, Drohungen auszusprechen. Von Bonn aus drohen zu wollen, ist nicht nur taktlos, es ist politisch das Törichteste, was man tun kann und schadet Deutschland unendlich.

Es ist sicherlich so, dass mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion ein neuer Abschnitt in der deutschen Nachkriegspolitik beginnt. Dringender denn je zuvor sollte dabei eine aktive Politik der Wiedervereinigung im Vordergrund stehen, die nach sozialdemokratischer Ansicht nur dann sinnvoll ist, wenn das starre System der Militärblöcke, die Einbeziehung je eines Teiles Deutschlands in diese Blöcke abgelöst wird von einem System kollektiver Sicherheit, garantiert von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und in der das wiedervereinigte Deutschland alle Rechte und Pflichten übernimmt. Der Bundeskanzler hat leider zu Beginn dieses neuen Abschnittes jedoch nur das wiederholt, was er seit 1950 zum Dogma erklärte, dessen Unhaltbarkeit aber seit Moskau schonungslos blosgelegt wurde.

### Militärdiktatur oder Verfassungsregime?

Von unserem lateinamerikanischen Korrespondenten

Peron ist gestürzt. Eine zehnjährige Diktatur ist beseitigt. Es hiesse an der Wirklichkeit vorübergehen, wenn man annähme, dass die Gegner Perons einheitliche Auffassungen über die Gestalt der argentinischen Verhältnisse nach dem Verschwinden des Regimes Perons hätten. Eine solche hat es auch vor Peron nicht gegeben - nicht zuletzt deswegen konnte sich Peron und der Peronismus durchsetzen. Verstrickung der parlamentarischen Parteien in egoistischste Interessen, kommunistische und anarchistische Bewegungen innerhalb der Arbeiterschaft infolge des völlig unsozialen Verhaltens der herrschenden liberalen Schichten, Korruption und politisierendes Militär hatten seit den dreissiger Jahren Argentinien zu einem Herd ewiger Unruhen und wachsender Unzufriedenheit gemacht. Dazu kam während des zweiten Weltkrieges die Zersetzung der politischen Parteien und Gewerkschaften durch die klingende Propaganda einerseits der Achsenmächte, andererseits der Alliierten. Peron ist, wie jetzt feststeht, von Hitlers Südamerikaspezialisten, dem General Faupel, gefördert worden - aber diese Förderung hätte nie zur "Machtergreifung" ausgereicht, wenn nicht die Gegensätze und die Korruption der traditionellen politischen Kreise bei der unpolitischen Masse den Verzweiflungsschrei nach einem "Führer" geweckt hätte.

Das Klima, das zur Diktatur Peron führte, besteht noch heute. Und es ist umso gefährlicher, als Peron und vor allem seine verstorbene Begleiterin, Eva Duarte, auf sozialem Gebiete für das Proletariat von Buenos Aires vieles - auf diktatorischem und ungesetzlichem Wege oft - geschaffen haben, was der liberale Kapitalismus des vorperonistischen Argentinien ihm verweigerte. Es wird schwer sein für die neue Militärjunta, zu entscheiden, was von den sozialen Gaben, die der Peronismus den Arbeitern (und noch mehr den Arbeitslosen) gab, erhalten bleiben soll und muss und was beschnitten oder abgebaut werden kann. Es wird umso schwerer sein, als sicherlich sehr schnell die kapitalistischen Kreise, unterstützt von tüchtigen Rechtsanwälten und liberalen Politikern, "Wiedergutmachungsansprüche" erheben werden. Man darf dazu davon ausgehen, dass auch die Gewerkschaftskreise Schwierigkeiten bei der Entscheidung haben werden, wer die Führung innerhalb der

Gewerkschaften nunmehr übernehmen soll, wieweit man die zwangsweise Verschmelzung und Organisierung von Arbeitergruppen, die der Peronismus vorgenommen hat, aufrechterhalten soll und wer dazu in der Lage wäre. Die argentinische Gewerkschaftsbewegung ist die älteste auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Ihre ganze Geschichte ist durchflochten von Spaltungen, Richtungskämpfen und bis zu blutigen Auseinandersetzungen gehenden Machtansprüchen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Gewerkschaftsfunktionäre leisteten Peron und vor allem Eva Duarte zum mindesten in den ersten Jahren Gefolgschaft, weil diese eben viele Forderungen verwirklichte, für die die liberale Mehrheit des Parlamentes taub geblieben war.

Zu den Verschwörerkreisen, die jetzt mit Hilfe der Marine und der Armee der peronistischen Diktatur ein Ende machten, gehörten einige alte Sozialisten und Gewerkschaftsführer der Emigration, die vor allem sich in der Hauptstadt Uruguays, Montevideo, zusammenfand. Es ist zu hoffen, dass ihr Einfluss gross genug ist, um eine Wiederkehr des Argentinien der Ende dreissiger Jahre zu verhindern. Nur eine Aufrechterhaltung der bodenreformerischen, sozialrechtlichen und lohnrechtlichen Bestimmungen, die unter Peron getroffen wurden, kann verhindern, dass neue Unzufriedenheit die Arbeiterschaft im Lande und in den Städten ergreift. Man darf auch nicht vergessen, dass der Kommunismus vor Peron seinen Teil an der Unterwühlung der argentinischen Arbeiterbewegung beigetragen hat und noch unter Peron trotz der polizeilichen Kontrolle und des schliesslichen Verbotes sich kommunistische Zellen halten konnten.

Peron ist durch die "stärkeren Bataillone" gestützt worden. Die Offiziere der Marine und des Heeres sind nun die einzige Macht im Lande. Zweifellos finden sich unter ihnen sozial und demokratisch gesunde Persönlichkeiten. Aber ein grosser Teil griff sicher erst gegen Peron zu den Waffen, als er nach dem verunglückten Putsch im Juni versuchte, durch Arbeitermilizen und andere Massnahmen die Macht des Heeres zu beschränken und eine bewaffnete "Parteimaçht" aufzubauen. Werden sich die politischen Köpfe in Heer und Marine durchsetzen? Wird der demokratische und soziale Geist, den die Emigranten sozialistischer und gewerkschaftlicher Gesinnung in den Verschwörerkreis gegen Peron getragen haben, stark genug sein, um zu verhindern, dass eine "Wiedergutmachungswelle" der argentinischen und ausländischen kapitalistischen Kreise den Umsturz zu einer Reaktion, statt zu einer demokratischen und sozialen Befreiung macht? Argentinien ist die Peron-Diktatur losgeworden, ob es den inneren Frieden gewinnt, muss sich freilich erst noch zeigen.

Don Pablo

### Kein Fischverkauf ohne Geigerzähler

R.A. Kiel

In den Auktionshallen aller Fischerhäfen an der deutschen Nordseeküste hantieren seit einigen Wochen Männer mit seltsamen Geräten. Sie messen nicht etwa den Strom von Zitteraalen, sondern die Radioaktivität von Heringen, Dorschen, Goldbutts oder Rotbarschen, welche Tag für Tag dampferweise in Cuxhaven, Bremerhaven, Altona oder auch Büsum und Husum angelandet werden.

Auf Grund einer streng vertraulichen Anweisung des Bundesernährungsministeriums an die Forschungsanstalt für Fischereiwesen wurden die Überprüfungen der Fische aufgenommen. Man will die Verbraucher vor den gefährlichen Atomstrahlungen schützen. Erfreulicherweise sind bis heute keine radioaktiven Fische festgestellt worden. Auf keinem Markt und in keinem Geschäft wurden atomverseuchte Fische zum Verkauf angeboten.

Dennoch ist die Anordnung des Ernährungsministeriums nicht ohne Grund erfolgt. Bei der Genfer Atomkonferenz kam auch die Unschädlichmachung des von radioaktiven Isotopen durchsetzten "Atomabfalls" zur Sprache. Die Engländer versenken den Müll ihres Atomforschungszentrums von Harwell weit draussen in der tiefen Nordsee.

Dennoch warnen die Biologen: Es ist durchaus damit zu rechnen, dass eine Reihe von Wasserpflanzen radioaktiv werden, wenn sie mit den Atomabfällen in Berührung kommen. Fischschwärme, welche durch die auf dem Meeresgrund wachsenden Algenwälder ziehen, können dann ebenfalls von der lebensgefährlichen Radioaktivität verseucht werden, wurde in Genf weiter festgestellt. So ist denn der Einsatz von Geigerzählern in den Nordseehäfen die sichere Gewähr dafür, dass wir keine "strahlenden" Fische auf den Mittagstisch bekommen.

Dieser Vorgang wirft im Hinblick auf die Errichtung von Atommeilern in der Bundesrepublik nun höchst wichtige Probleme auf. Atomabfall kann viele Jahrzehnte lang sehr stark strahlen. Die USA, die Sowjetunion, sowie Kanada und Australien verfügen über menschenleere Wüsten, wo der Atomabfall vergraben werden kann, nachdem er in dicke Beton-

särge geworfen wurde. Im dichtbevölkerten Westdeutschland gibt es diese Möglichkeit nicht.

Die Engländer versenken ihren Atomabfall ins Meer. Er müsste eigentlich ebenfalls vorher in dicke Schutzbehälter eingeschlossen werden, um strahlungsunschädlich zu sein. Das macht aber die Vernichtung derartiger Abfälle zu kostspielig. Dennoch wird man in Westdeutschland bei den kommenden Atomgesetzen - ungeachtet der Kosten - ein derartiges Verfahren vorschreiben müssen, um die Bevölkerung zu schützen. Eine weitere Möglichkeit, den Atom Müll mittels Raketen ins Weltall hinauszuschleusen, dürfte wesentlich teurer und in absehbarer Zeit auch nicht zu verwirklichen sein.

+ + +

#### Die Welt der Pakte

ler. Dass es in der Welt 42 Pakte und 10 Zusammenschlüsse zwischen Staaten und Staatengruppen gibt, dürfte auch für den Überraschung sein, zu dessen Metier der Umgang mit dem Politischen - in weitestem Sinne genommen - gehört. Er käme in Verlegenheit, aus dem Handgelenk die weltweiten Verbindungen der Vereinigten Staaten, ihre Einzel- und Regionalabkommen aufzuzählen oder eine gültige Aussage über Aufbau, Organisation, Mitgliederbestand und Zielsetzung etwa der OEEC zu machen. Und wer weiss schon, mit Ausnahme der Eingeweihten, dass die USA als Gegenleistung für technische Zusammenarbeit in Äthiopien eine eigene Radiostation der USA-Armee unterhalte oder dass die Konvention der Menschenrechte bisher nur von zehn Mitgliedstaaten des Europarates unterschrieben worden ist, während die Unterschriften von den restlichen vier Mitgliedern noch fehlen?

Die Herausgeber von "Kessings Archiv der Gegenwart" haben sich hier ein grosses Verdienst erworben als sie aus Anlass des 25jährigen Jubiläums die politisch und fachlich interessierte Öffentlichkeit mit einer textlichen und graphischen Darstellung der in der Welt bestehenden Pakte überraschten. Sie enthält die wichtigsten Satzungsbestimmungen der einzelnen Abkommen und die Grundsatzklärung der Vereinten Nationen. Hier wurde mit dieser sorgfältigen Zusammenfassung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Paktsysteme des Westens und des Ostens eine Lücke ausgefüllt. Der Politiker, Wirtschaftler und Journalist hat nun keine Mühe mehr, wenn er sich orientieren will, wer mit wem auf dieser Erde durch Verträge und Regionalabkommen verbunden ist. Diese Dokumentation gibt ihm erschöpfende Auskunft.

+ + +

Wenzel Horn

W.J. Zwei Tage nach der Vollendung seines 71. Lebensjahres starb am 19. September in Frankfurt am Main der Nestor des sozialdemokratischen Journalismus im Sudetenland, Wenzel Horn. In seiner alten Heimat gehörte er zwei Jahrzehnte lang dem Redaktionsstab des Karlsbader "Volkswille" an, neben dem Prager "Sozialdemokrat" die letzte Tageszeitung im deutschen Sprachgebiet, welche bis zum Vorabend des zweiten Weltkrieges die Ideen der Demokratie und des freiheitlichen Sozialismus vertrat.

Aus der Berührung zwischen dem idealistischen Schwung der Wiener Sozialdemokratie und dem erwachsenen und unverbrauchten Arbeitervolk des böhmischen Erzgebirges wuchs im Raum von Graslitz-Neudeck-Joachimstal eine sozialistische Bewegung, welche noch fünf Jahre nach dem Machtantritt Hitlers ungebrochen weiterkämpfte und erst durch den Terror der Gestapo niedergedrückt werden konnte. Das "Graphia"-Haus in Karlsbad ist zwischen 1933 und 1938 ein Zentrum der konspirativen Arbeit gegen das Dritte Reich gewesen. In der Druckerei des "Volkswille" wurde auch die Kleindruckausgabe des "Neuen Vorwärts" hergestellt, die von todesmutigen Gegnern des Nationalsozialismus weit in Deutschland verbreitet worden ist. Auch die erste Schrift über die Schrecken der Konzentrationslager, die der exilierte Parteivorstand der SPD herausgab, ist im Karlsbader "Graphia"-Verlag erschienen.

Nach der Entscheidung von München musste Wenzel Horn nach England emigrieren. In den Spalten des "Manchester Guardian" brach er während der Kriegsjahre manche Lanze für die Sache des "anderen Deutschland" und für das bedrohte Heimatrecht der Sudetendeutschen. Obwohl nicht mehr der Jüngste, eilte er nach dem Kriege nach Deutschland, um unter seinen ausgetriebenen Landsleuten wiederum für die Ideale seines Lebens zu wirken. Als Redakteur des "Neuer Weg" in Frankfurt und später der "Brücke" war Horn ein Verfechter der in mancher Hinsicht mustergültigen Hessischen Vertriebenenpolitik.

Die Jahre des Kampfes und der Emigration hatten in ihm keine Bitterkeit hinterlassen. Auf dem Boden der landsmannschaftlichen Arbeit fand er sich mit allen zusammen, die um Freiheit und Menschenwürde und um das Heimatrecht der Vertriebenen streiten. Mitten aus seinem Werk riss ihn der Tod. Ein Grenzland-Sozialist von seltenen menschlichen Qualitäten ging mit Wenzel Horn dahin.

+ + +